

LINKS AG

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
156 · Ausgabe AG · August 2015



Editorial

WORAUF KOMMT'S AN?

In zwei Monaten sind die Wahlen vorbei. Sind die Karten also schon gemischt? Was bringen Flugblätter, Standaktionen und teure Inserate noch in den nächsten Wochen? Zählt nicht doch eher das, was in den letzten Jahren geleistet und erreicht wurde? Vor 20 Jahren war ich zum ersten Mal Nationalratskandidat. Wer schon einmal kandidiert hat, weiss: Diese Frage darf man nicht stellen. Man muss Vollgas geben; denn jede Stimme zählt – für einen selbst und für die Partei. Während man als Kandidat_in für den Wahlkampf lebt, kümmern sich viele nicht um die anstehenden Wahlen. Deshalb reden alle Parteien von Mobilisierung. Mobilisieren kann man mit Themen. Kurzfristig am besten, wenn man den Menschen Angst macht, sich als Retter in der Not aufspielt und einfache Lösungen verspricht. Mobilisieren kann man kaum noch mit Konzepten und Visionen. Dafür reichen ein paar Wochen oder Tage nicht. Mobilisieren kann man vor allem mit persönlichen Kontakten. Und das können wir alle, nicht nur unsere Kandidierenden. Heute gilt wie vor 20 Jahren: Die Wahlen gewinnen oder verlieren wir gemeinsam. Denn wir haben alle nicht nur eine Stimme, sondern so viele, wie wir Wählerinnen und Wähler im Bekanntenkreis für die SP holen können. Und dafür braucht es keine

60 Tage, sondern ein Gespräch oder ein Telefon im richtigen Moment. Spätestens, bevor wir in die Herbstferien verreisen.

Urs Hofmann von Aarau ist SP-Regierungsrat und 2015 Landammann des Kantons Aargau.

Wenn das Gesundheitswesen privat wird



Cédric Wermuth von Zofingen ist SP-Nationalrat und Co-Präsident der SP Kanton Aargau. Er kandidiert im Oktober wieder für den Nationalrat.

Vor den Sommerferien liess die grüne Regierungsrätin Susanne Hochuli eine kleinere Bombe platzen: Sie könne sich eine Privatisierung der Aargauer Spitäler durchaus vorstellen, erklärte sie. Offenbar spukt der neoliberale Geist bei der Aargauer Regierung in den Sitzungszimmern öfter, als man es nach dem Totalzusammenbruch dieser Ideologie nach 2008 erwartete.

Was das neoliberale Programm im Gesundheitswesen für eine Gesellschaft bedeutet, konnte ich diesen Sommer in Griechenland beobachten. Die von der Eurogruppe erzwungenen Massnahmen treffen die Schwächsten der Gesellschaft hart. So wurde der Selbstbehalt bei Medikamenten in den letzten Jahren auf 25 Prozent vervinfacht. Medikamente sind für chronisch Kranke und für

Rentner_innen mit 300 Euro monatlich unerschwinglich. Mit den «Spar»massnahmen im öffentlichen Gesundheitswesen kollabieren die öffentlichen Spitäler. Auf Operationen muss teilweise monatelang gewartet werden. Frustrierte Ärzte nutzen die Situation aus und erpressen Schmiergelder, erzählten mir Betroffene.

Abgeordnete der Syriza, Ärztinnen und Ärzte, Apothekerinnen und Apotheker und einfache Bürger haben nun begonnen, so genannte Solidaritätskliniken zu gründen. In diesen Kliniken werden notleidende Menschen kostenlos behandelt. Eine solche Klinik im Athener Stadtteil Omonia konnte ich besuchen. Über 80 Freiwillige arbeiten hier jeden Tag gratis. Als wir frühnachmittags in dem Gebäude ankommen, warten bereits 60 Personen in dem überfüllten kleinen Wartezimmer bei weit über 40 Grad Hitze. Viele dieser Menschen besaßen vor wenigen Jahren noch ein Haus, ein Auto und hatten einen festen Job. Jetzt sind sie auf Medikamentenspenden aus dem Ausland angewiesen und

warten still und oft beschämt. Hier wird greifbar, was der griechische Ministerpräsident Alexis Tsipras meint, wenn er sagt, die Griechinnen und Griechen hätten in dieser Zeit ihre Würde verloren.

Die Szene erinnerte mich an die Bilder der Suppenküchen aus der Zwischenkriegszeit, die man uns in der Schule gezeigt hat. Der Vergleich zeigt: Auch hier leiden Menschen, weil die politische Elite in Europa (und die Vorgängerregierungen in Athen) knallhart die Interessen der Finanzbranche gegen die Interessen der Menschen durchgesetzt hat. Das griechische Drama ist viel weniger ein ökonomisches als ein politisches Versagen: Folge einer jahrzehntelangen (von den europäischen Machthabern protegierten) Klientelwirtschaft, gepaart mit einer zynischen, neoliberalen Versuchsanlage. Für die reichen Griechen und die privaten Gesundheitsanbieter mag sich das Experiment gelohnt haben, für uns alle anderen muss es ein Mahnmal dafür sein, wie wichtig die öffentliche Kontrolle über den Gesundheitssektor ist.



Marie-Louise Nussbaumer geht

Es ist nicht einfach, mit 22 Fraktionsmitgliedern gegen die rechtsbürgerliche Politik des Aargauer Grossen Rates zu halten. Das erfuhr Marie-Louise Nussbaumer nach ihrer Vereidigung als Grossrätin am 24. November 1998 bald. Damals war die SP neuerdings ohne Regierungsrat, die Wunden der Wahl, die ein wilder (später ex-)SP-Kandidat gewonnen hatte, noch frisch, die Fraktion mit 47 (von 200) Mitgliedern zwar noch stark, aber nie in der Mehrheit.

Die in einer Zuger Bauernfamilie aufgewachsene Marie-Louise Nussbaumer arbeitete zuerst in der Redaktionskommission, dann in der Bildungs-, der Volkswirtschafts-, der Geschäftsprüfungs-, Aufgabenplanung und Finanzen- und der Kommission Allgemeine Verwaltung. Seit dem 11. März 2008 bildete sie mit Dieter Egli das Fraktions-Co-Präsidium und vertrat seither die SP im Büro des Grossen Rates – klar, listig und beharrlich. Seit 2004 amtiert sie im Gemeinderat Obersiggenthal. Sie ist seit Beginn der laufenden Legislatur Hochbauvorsteherin, ihre politischen Themen pflegt sie dort und in verschiedenen lokalen und regionalen Ämtern weiter.

Nun tritt Marie-Louise Nussbaumer aus dem Grossen Rat zurück (ihr Nachfolger ist Florian Vock aus Baden). Die Frau, die viel geleistet hat (so auch drei Kinder grossgezogen, darunter studierte Profi-Eishockey-Zwillinge) und leistet, will nicht gerühmt werden. Aber danken wird man noch dürfen: für ihr kluges Politisieren, ihr Ausharren im toxischen Grossen Rat, ihre vielen guten Texte in links.ag, ihr wohlthuendes Understatement in jeder Lage. Danke, Marie-Louise, und viel Glück!

Katharina Kerr ist Redaktorin links.ag.

Die Armut bekämpfen, nicht die Armen

IN EINIGEN GEMEINDEN STEIGEN DIE FALLZAHLEN UND DAMIT AUCH DIE KOSTEN DER SOZIALHILFE. DASS DIES ÖFFENTLICH DISKUTIERT WIRD, IST NACHVOLLZIEHBAR. KEIN VERSTÄNDNIS HABE ICH ABER FÜR DIE LÖSUNGEN, DIE NUN AUF POLITISCHER SEITE PRÄSENTIERT WERDEN. DER KOSTENDRUCK WIRD AUF DIE BEREITS BELASTETEN ABGEWÄLTZT – DIE SOZIALHILFEBEZIEHENDEN.



Yvonne Feri von Wettingen ist SP-Gemeinderätin, Nationalrätin und Präsidentin der SP Frauen Schweiz. Sie kandidiert im Oktober wieder für den Nationalrat.

Das Problem ernst nehmen

Anstelle von Schnellschüssen brauchen wir eine politische Gesamtsicht, die das Problem mit verschiedenen Akteuren angeht. Staat und Wirtschaft sind gefordert. Falsch sind Alibilösungen wie Steuersenkungen im Rahmen der Unternehmenssteuerreform II, erhöhte Subventionen für die Landwirtschaft, Dumping-Löhne oder die Senkung der Krankenkassen-Prämienverbilligung.

Die Leistungen der Arbeitslosenversicherung und der Invalidenversicherung wurden in den letzten Jahren sukzessive reduziert mit dem Resultat, dass viele Betroffene in die Sozialhilfe abgedrängt wurden. Profitiert haben die Kassen der Arbeitslosen- und der Invalidenversicherung, die ihre Ausgaben reduzieren konnten. Diese «Lösung» greift aber zu kurz und ist nicht mehr als eine «Kässeli-verschiebung».

Die Armut bekämpfen, nicht die Armen – das ist unser Credo. Armut hat viele Gesichter, und Sozialhilfebeziehende sind so heterogen wie Menschen überall. Wir brauchen deshalb individuelle Lösungen, die sich aber an gesamtschweizerischen Richtlinien orientieren. Ein guter Ansatz sind hier die Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS).

Fokus auf die Kinder

Wenn wir die Sozialhilfe diskutieren, dürfen wir nicht vergessen, dass davon oft Familien und alleinerziehende Eltern betroffen sind. Ein besonderes Augenmerk muss deshalb künftig auf Kinder gerichtet werden. Jede Strategie gegen Kinderarmut muss eine Strategie für ein existenzsicherndes Einkom-

men (wie Familienergänzungsleistungen) der Eltern beinhalten. Kinder, die in Armut aufwachsen, haben erschwerte Startbedingungen: Sie kommen in unserem stark selektiven Bildungssystem oft zu kurz und haben ein hohes Risiko, als erwachsene Person arm zu bleiben. Jede Strategie gegen Kinderarmut muss Bildungs- wie Lernbedingungen bieten, die integrieren und nicht aussondern. Hilfreich sind auch Leistungen, die betroffene Familien in ihrem Alltag entlasten.

Neue Lösungen statt Ausreden

Ich setze mich dafür ein, dass auch mit finanzieller Unterstützung ein menschenwürdiges Leben möglich ist – ganz gemäss unserer Bundesverfassung. Es kann nicht

Ein Lösungsansatz wäre ein schweizerisches Rahmengesetz, das die Eckpunkte der materiellen Hilfe gesamtschweizerisch festlegen würde.

sein, dass Menschen, die von unserer Hilfe abhängig sind, von Ort zu Ort ziehen müssen und gesellschaftlich ausgegrenzt werden. Wir müssen verhindern, dass wir sozial prekäre Zustände schaffen, wie sie die USA haben. Ein möglicher Lösungsansatz wäre ein schweizerisches Rahmengesetz, das zumindest die Eckpunkte der materiellen Hilfe gesamtschweizerisch festlegen würde. Die Diskussion zu möglichen Revisionen müssen wir führen, bevor ein Abbau stattfindet. Denn das wäre ein Armutszeugnis – für unser Land, unsere Partei und all jene, die für die Sozialhilfe gekämpft haben.

Trotzdem habe ich eine Hoffnung

SOLIDARITÄT UND DIE VERPFLICHTUNG, SICH IM KAMPF GEGEN UNGERECHTIGKEIT UND FÜR DIE MENSCHENWÜRDE EINZUSETZEN, SIND AUSDRUCK DER WERTEBASIS DER SOZIALDEMOKRATIE.



Abdul M. Abdurahman, von Aarau Rohr, dipl. Sozialarbeiter/-pädagog FH, ist Vorstandsmitglied der SP Aarau. Er kandidiert im Oktober für den Nationalrat.

Die Interdependenz, die vermehrte Verflechtung und die Globalisierung von sozialen Problemen, zwingen uns, uns rasch zu vernetzen und einen internationalen Handlungsansatz sowie Lösungen zu finden.

Die Förderung der sozialen Gerechtigkeit beschränkt sich nicht auf die nationalen Grenzen. Die Ressourcenfrage, die Zerstörung der Umwelt, die wachsende Armut, Steuerhinterziehung, Konflikte, Menschenrechtsverletzungen und Flüchtlingspolitik verlangen internationale Handlungsstrategien.

Wir brauchen eine gerechtere Wirtschaftspolitik, die auf den Menschenrechten und auf dem Respekt für die Umwelt basiert.

Dabei stellt sich die Frage, ob es in der heutigen politischen und sozialen Weltordnung überhaupt möglich ist, dass die Menschenrechte überall respektiert werden. Denn die, wie wir finden, dringende Notwendigkeit, die universalen Menschenrechte auf dieser Welt umzusetzen, ist utopisch ohne wirtschaftliche und soziopolitische Gerechtigkeit. Solange das Recht des Stärkeren gilt und eine unmenschliche Interessenpolitik auf Kosten der Menschen regiert, ist der globale soziale Frieden in Gefahr.

Wir brauchen eine gerechtere Wirtschaftspolitik, die auf den Menschenrechten und auf dem Respekt für die Umwelt basiert. Wenn die Schweiz Waffen an Despoten verkauft, müssen wir uns nicht wundern, wenn diese Waffen früher oder später in Kriegsgebieten auftauchen und weitere Menschen in die Flucht treiben.

Erst wenn für jeden Menschen die minimale Grundversorgung, nämlich das Recht auf Nahrung, sauberes Trinkwasser und Sicherheit, gewährleistet ist, wird man von einer Durchsetzung der Menschenrechte sprechen können. Zudem, und für unsere Schweiz, setze ich mich ein für Partizipationsrechte für Kinder und Jugendliche und für die politische Mitbeteiligung von Migrantinnen und Migranten.

Dies sind Herausforderungen, die unsere Existenz und unser politisches System betreffen. Die Sozialdemokratie ist aufgerufen, sich für soziale Gerechtigkeit, Armutsbekämpfung, Friedensförderung, Friedenssicherung und die Durchsetzung der Menschenrechte zu engagieren. Ich gebe die Hoffnung nicht auf, dass dies gelingen wird.



INS KINO MIT YVONNE FERI

«WIR SIND DIE NEUEN» – Film von Ralf Westhoff

Stadtmuseum Aarau 13. August 2015

Film ab 19.30 Uhr, Türöffnung 19 Uhr

Als Gast: Urs Hofmann, Regierungsrat

Kino Monti in Frick 20. September 2015

Filmstart 17.30 Uhr, Türöffnung 17 Uhr

Gast: Brigitte Rüedin, Vizeammann Rheinfelden

Einladung zum Kinobesuch mit Apéro

www.yvonneferi.ch



INTERVIEW



Neu im Grossen Rat

links.ag: Gabi Lauper Richner, was waren Dein beruflicher und Dein politischer Werdegang? Wo liegen Deine Stärken?

Gabi Lauper Richner: Ich habe Garten- und Landschaftsplanung studiert, wechselte dann in ein Ortsplanungsbüro und absolvierte gleichzeitig an der HTL Brugg-Windisch das Nachdiplomstudium für Raumplanung. 1998 bis im Juli 2015 hatte ich im Gemeinderat Niederlenz das Ressort Hochbau & Planung. Mit zunehmender Selbständigkeit unserer Kinder verstärkte sich mein regionales Engagement. Ich arbeite in der regionalen Landschaftskommission, der Stiftung KLAS, Kultur Landschaft Aare Seetal, und in der Naturschutzstiftung Schümel mit und bin seit 2012 Vorsitzende der Kerngruppe Regionalplanung im Gemeindeverband Lebensraum Lenzburg Seetal. Erfahrungsgemäss sind Projekte nur dann umsetzungsfähig, wenn sie gemeinsam erarbeitet werden. Dabei ist es mir wichtig, Anliegen einzubringen, die keine laute Lobby haben.

Was willst Du im Grossen Rat bewegen?

Ich freue mich, meine Erfahrungen und mein Wissen nun auf dieser Ebene einbringen zu können. Mein Schwerpunkt liegt weiterhin bei raumplanerischen Themen. Als Gemeinderätin habe ich dazu beigetragen, trotz Spardruck Projekte zu realisieren, die allen und nicht nur wenigen dienen.

Überlastete Züge, Störungen im Schienennetz: Was müsste man beim öffentlichen Verkehr verbessern?

Ein genereller Ausbau ist aus Ressourcen Gründen nicht möglich, deshalb punktuell Massnahmen für eine verlässliche Reisezeit. Zudem müssen wir unser Verhalten ändern und die Verkehrsmenge zeitlich besser verteilen.

Gabi Lauper Richner von Niederlenz war bis Ende Juli 2015 SP-Gemeinderätin. Seit 23. Juni ist sie Mitglied der SP-Grossratsfraktion. Sie kandidiert im Oktober für den Nationalrat.



Basiskampagne

Seit Anfang Mai läuft die Basiskampagne im Kanton Aargau. Schon über 80 SP-Mitglieder konnten persönlich über das Projekt informiert werden. Die meisten sind bereit, sich aktiv für den Basiswahlkampf zu engagieren, indem sie Mitglieder und Freund_innen zu sich nach Hause zu so genannten Küchentisch-Treffen einladen. So möchten wir möglichst viele Leute motivieren, bei den Telefongesprächen mit den Wählerinnen und Wählern im Herbst mitzumachen, um die Schweiz gemeinsam zu verändern.

Das gemütliche Zusammensein an den Küchentischen oder in der Lieblingsbeiz der jeweiligen Organisator_innen hat es in sich. Auch wenn ich als Campaignerin die Kampagne sehr gut kenne, bringen mich die Fragen der Teilnehmenden nicht selten dazu, das Projekt aus neuen Perspektiven zu sehen. Durch dieses Mitdenken und die interessanten Gespräche können wir die Kampagne verbessern und weiterbringen.

Eine Kandidatin oder ein Kandidat schneidet jeweils ein politisches Thema an, informiert über die persönliche Motivation, Politik zu machen und über den geplanten Wahlkampf im Bezirk. Es wird viel von früher erzählt, die Probleme, mit denen die einzelnen Sektionen kämpfen, kommen zur Sprache. Schnell erscheinen gute Ideen, wie neue Mitglieder gefunden werden können: für einen Gemeinderatsitz anfragen, wo die Plakate aufhängen, weitere Termine finden. Am Ende gehen alle mit guter Laune und um einiges neues Wissen bereichert nach Hause.

Nora Hunziker von Brugg ist Campaignerin der Basiskampagne der SP Schweiz für die eidgenössischen Wahlen.

Wir telefonieren am 26. September, 3. und 10. Oktober in Aarau, Brugg, Baden, Wohlen, Muri, Bremgarten, Wettlingen, Lenzburg, Zurzach, Zofingen, Frick und Kulm. Möchtest auch du dich aktiv beteiligen? Melde dich bei basiswahlkampf@spschweiz.ch. Wir freuen uns auf einen gemeinsamen starken Wahlkampf!

Das Boot ist längst nicht voll!

PLÄDOYER FÜR EINE MENSCHENWÜRDIGE ASYLPOLITIK



Gabriela Suter von Aarau ist SP-Einwohnerin und Mitglied der Geschäftsleitung der SP Aargau. Sie kandidiert im Herbst für den Nationalrat

Zurzeit wird in der Schweiz fast täglich Stimmung gegen Flüchtlinge gemacht. Die Medien berichten vom «Ansturm» der «Flüchtlingswellen» – als wären die Menschen in der Schweiz die Opfer und nicht die Flüchtlinge, die um Asyl suchen. Bereits sind Forderungen nach dem militärischen Bewachen der Grenze und nach einem Asylstopp laut geworden. Der Hass, der den Flüchtlingen teilweise entgegenschlägt, und die nationalistischen Kommentare in den Online-Leserbriefen sind erschreckend. Die Medien giessen Öl ins Feuer, anstatt zu relativieren. Fakt ist: Die Situation in den Kantonen ist angespannt, aber unter Kontrolle. Während der Jugoslawienkriege 1999 wurden in der Schweiz über 46 000 neue Asylgesuche eingereicht. Diese Zahl ist noch längst nicht erreicht. Der Grund, warum es nun trotzdem an Asylunterkünften fehlt, verschweigen die Medien meist: Zwischen 2004 bis 2010 sanken die Flüchtlingszahlen in ganz Europa. Deshalb wurde auf Weisung von Ex-Bundesrat Blocher die Zahl der Asylunterkünfte stark reduziert. Dass heute zu wenig Plätze zur Verfügung stehen, ist eine direkte Folge dieses Abbaus. Seit 2012 ist die Zahl der schutzbedürftigen Flüchtlinge auch aufgrund des syrischen Bürgerkriegs wieder massiv gewachsen.

Die Ursachen für die Flucht von 60 Millionen Menschen weltweit sind nicht so einfach anzugehen. Unser Wohlstand basiert auch darauf, dass die Rohstoffquellen der südlichen Länder ausgebeutet werden. Westliche Staaten, auch die Schweiz, liefern Waffen an Diktaturen, die die Menschenrechte missachten, und sie unterstützen aus wirtschaftlichen Interessen korrupte Regimes. Der Klimawandel, Folge des übermässigen CO₂-Ausstosses vor allem der Industriestaaten, verursacht Dürre, Überschwemmungen und Hungersnöte. Wen wundert es, dass die Menschen von dort weg wollen, wo sie keine Perspektive haben?

Diese Probleme können nicht bewältigt werden, indem wir die Grenzen schliessen. Richtig wären globale Lösungen in der Flüchtlingsproblematik, es braucht vernetzte und international koordinierte Massnahmen. Die Schweiz muss sich aktiv beteiligen, anstatt sich abzuschotten. Wir müssen direkt in die Bildung in den Herkunftsländern der Flüchtlinge investieren, und wir müssen alles daran setzen, dass die Rohstoffausbeutung ein Ende hat. Die Bekämpfung der Armut ist das wichtigste Mittel, um den Menschen eine wirtschaftliche Perspektive zu geben.

Und derweil? Mir ist klar, dass auch die Schweiz nicht unbegrenzt Flüchtlinge aufnehmen kann. Solange aber nicht einmal 0,7 Prozent der Bevölkerung Asylsuchende sind, steht es der Schweiz gut an, gemäss ihrer humanitären Tradition zu handeln und diesen Schutz zu bieten. Wir dürfen das Feld nicht jenen überlassen, die Stimmung gegen Flüchtlinge und Ausländer_innen machen. Wir müssen aktiv dagegen halten, relativieren und mit Menschlichkeit reagieren. Denn alle Flüchtlinge, die ein Asylgesuch stellen, sind zuerst einmal Menschen. Die reiche Schweiz kann es sich leisten, diese schutzbedürftigen aufzunehmen. Das Boot ist längst nicht voll.

FÜR EINE MENSCHENWÜRDIGE ASYLPOLITIK

Nationalratskandidierende reden mit Fachleuten über neue Ansätze in der Schweizer Flüchtlingspolitik

Warum flüchten Menschen?

Florian Vock (JUSO) im Gespräch mit Stefan Dietrich (Netzwerk Asyl Aargau)

Wie helfen Schweizer Organisationen vor Ort?

Cédric Wermuth (SP) im Gespräch mit Beatrice Weber (Schweizerisches Rotes Kreuz, Leiterin Not- und Katastrophenhilfe)

Wie wird international zusammengearbeitet?

Gabriela Suter (SP) im Gespräch mit Denise Graf (amnesty international)

Mit musikalischem Begleitprogramm

Donnerstag, 17. 9. 2015, 20 Uhr
WERKK Kulturlokal
Schmiedstrasse 1, Baden

Kampf dem Wutbürgertum und Fremdenhass



Sacha Schenker von Bözberg ist Länderverantwortlicher im Staatssekretariat für Migration SEM, Co-Präsident der SP Bezirk Brugg und im Vorstand von «Kein Atommüll im Bözberg» (KAIB). Er kandidiert im Oktober für den Nationalrat.

Migration hat viele Gründe. Seit Beginn des Arabischen Frühlings haben sich die Krisenherde in Nordafrika und im Nahen Osten vervielfacht. Syrien ist zum Inbegriff der Hölle auf Erden geworden, wo die Bevölkerung, eingeklemmt zwischen rivalisierenden Kriegsparteien, den abscheulichsten Menschenrechtsverletzungen wehrlos ausgesetzt ist. In derselben Region hat der Islamische Staat eine Schreckensherrschaft mit beispiellosen Greueln errichtet. In anderen Staaten, wo Mann und Frau zu lebenslangem Frondienst fürs Vaterland verpflichtet sind, riskieren Ungehorsame und Regimekritiker jahrelange Gefängnisstrafen und Folter. Daneben gibt es ganze Weltregionen, welche der entwickelten Welt wirtschaftlich hinterherhinken und deren Bevölkerung in Armut und Perspektivlosigkeit lebt. Dies sind nur einige der Konstellationen, welche Menschen zum Migrieren bewegen. Im Vergleich etwas weniger dramatisch ist meine persönliche Migrationsgeschichte: Meine Mutter, ursprünglich aus Mosambik und mit afrikanischen, europäischen und indischen Wurzeln, kam in den 80er Jahren über Portugal als Gastarbeiterin in die Schweiz, wo sie meinen Vater, einen Schweizer mit solothurnischen und deutschen Wurzeln, kennenlernte.

Die meisten Menschen migrieren in ihre Nachbarländer. So fangen der Libanon, die Türkei und Jordanien den Hauptteil der syrischen Flüchtlingstragödie auf. Einige ziehen weiter und schaffen es, meist unter lebensgefährlichen Umständen, nach Europa. In der wohlhabenden 8-Millionen-Schweiz haben im ersten Halbjahr 2015 gerade mal 11'873 Personen ein Asylgesuch eingereicht. Verfolgt man aber die aktuelle politische Debatte, könnte man meinen, die Schweiz stünde

vor dem Abgrund, unsere nationale Identität sei gefährdet – gefährdet durch einige tausend Asylbewerber. Ein Irrsinn! Dass wir heutzutage ernsthaft darüber debattieren müssen, ob der Vorrang der Menschenrechte etwas Sinnvolles ist, dass eine Regierungspartei das Asylrecht faktisch abschaffen will und zum allgemeinen Widerstand gegen neue Asylunterkünfte aufruft, dass sich einige Medien – auch die grösste Zeitung in unserem Kanton – in diesen «Krieg» gegen Asylsuchende einbinden lässt, dass uns seit mehreren Monaten eine unerhörte Welle der Ausländerfeindlichkeit entgegenschwappt, all das macht mich sprachlos.

Stoppen wir diese gefährliche Entwicklung! Für eine weltoffene, tolerante, zukunftsgerichtete und humanitäre Schweiz – Kampf dem Fremdenhass und dem Wutbürgertum!

Landammann-Stammtisch

DONNERSTAG, 27. AUGUST 2015
19.00 BIS 22.00 UHR
RESTAURANT HUSERHOF
(OBERWILERSTRASSE)

UNTERLUNKHOFEN

LANDAMMANN URS HOFMANN
STELLT SICH DEN FRAGEN UND ANLIEGEN
DER BEVÖLKERUNG.

ALLE SIND HERZLICH EINGELADEN. DAS WIRTE-
HEPAAR MARKUS UND CHRISTINE WERDER
UND LANDAMMANN URS HOFMANN FREUDEN
SICH AUF IHREN BESUCH.

KOMMENTAR



Verantwortung

«Dieses Museum ist nicht eine Antwort, es ist eine Frage» steht auf der Frontseite des Museumsführers, den die Besucher des US Holocaust Memorial Museum in Washington DC erhalten: «Was ist Ihre Verantwortung, jetzt, nachdem sie es gesehen haben, jetzt wo Sie es wissen»?

Die Frage gilt für alle Tätigkeiten, die anderen Menschen Leid und Tod bringen können. Und damit auch für den Einsatz aller Technologien mit hohen Risiken und langer Laufzeitdauer, wie etwa die Atomtechnik und mit ihr die nukleare Entsorgung. Im Gegensatz zu rascher ablaufenden Prozessen gilt es in diesem Bereich, durch Stabilität Generationen übergreifende Entwicklungen sicherzustellen. Damit stellt sich auch die Frage nach Verantwortung neu und viel dramatischer, als dies bei allen bisherigen menschlichen Tätigkeiten der Fall war.

Inhärent sichere Reaktoren gibt es nur auf dem Papier, und die Diskussion bewegt sich gegenwärtig auf die Langzeitverlängerung des Betriebs der altgedienten Reaktoren bis auf insgesamt 100 Jahre. Die bisherigen Entsorgungsprojekte sind alle havariert: Morsleben und Asse, neuerdings das WIPP. Alle oberflächennahen Deponien sind Sanierungsfälle. Alle. Eine Lösung der Abfallfrage ist weiter weg denn je. Die Kosten explodieren. Und das Schlimmste: Immer mehr Abfälle werden immer länger zwischengelagert, unter zum Teil himmelschreienden Sicherheitsbedingungen. Die Wirtschaftlichkeit der Atomenergie ist gerade nur noch ein Lippenbekenntnis. Und doch fahren unsere Gesellschaften mehrheitlich auf den alten Geleisen weiter, als ob nichts wäre.

Der Geologe und Entsorgungsspezialist Marcos Buser führt das Institut für nachhaltige Abfallwirtschaft INA GmbH in Zürich. Der Text stammt aus dem Blog von Marcos Buser und dem Geologieprofessor Walter Wildi www.nuclearwaste.info.

INTERVIEW



Neu im Grossen Rat

links.ag: Lea Schmidmeister, was waren Dein beruflicher und Dein politischer Werdegang? Wo liegen Deine Stärken?

Lea Schmidmeister: Nach meiner Lehre als Detailhandelsfachfrau in einem kleinen Bioladen in Wettingen und abgeschlossener Berufsmaturität studierte ich an der Fachhochschule Soziale Arbeit. Seit fünf Jahren bin ich in der offenen Jugendarbeit tätig. Zudem arbeite ich zu 20 Prozent in einem Migrationsprojekt von Periurban.

Vorstandstätigkeiten bei JUSO und SP zeigten mir auf, was es bei einer vierjährigen Wahlkampfphase alles braucht. Seit Mai 2012 bin ich im Einwohnerrat.

Neben meinen Sozialkompetenzen zählen Loyalität und Zuverlässigkeit zu meinen Stärken.

Was sind Deine politischen Anliegen? Was willst Du im Grossen Rat bewegen?

Solide Kantons- und Gemeindefinanzen, ein starkes Jugendparlament, Ausbau der schulergänzenden Betreuung, gerechte Verteilung der Soziallasten, institutionalisierte Beschäftigungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten für Flüchtlinge.

Was braucht es für eine gelungene Integration?

Seit eineinhalb Jahren begleite ich jeweils am Dienstag ein Flüchtlingscafé in Baden. Dieses Angebot schafft Begegnungen und Freundschaften. Gemeinsam ein Theater besuchen, Theater machen, Sonntags Fussball spielen oder auch freiwillige Helfereinsätze an einem Festival sind Türöffner zu einer nachhaltigen Integration in der Schweiz.

Integrationsangebote braucht es auch im ländlichen Raum. Migrantinnen und Migranten sollen sich in der Aufnahmegesellschaft willkommen fühlen und etwas zum Gemeinwohl beitragen können.

Lea Schmidmeister von Wettingen ist SP-Einwohnerin. Ab September 2015 ist sie Mitglied der SP-Grossratsfraktion.

SOZIALPOLITIK AARGAU:

Viel Theorie, wenig Praxis



Elisabeth Burgener von Gipf-Oberfrick ist Grossrätin und Co-Präsidentin der SP Kanton Aargau.

Diesen Herbst beraten wir im Grossen Rat die Sozialplanung des Kantons Aargau. Die SP steht weitgehend hinter der Zielsetzung, kritisiert aber die fehlende Konkretisierung und Finanzierung der Massnahmen. Hier bestätigt sich einmal mehr, dass die Sozialpolitik nie den Stellenwert in unserem Kanton bekommt, den sie dringend braucht.

Im Aargau gehen seit einigen Jahren die Einkommen nominell zurück, während die Lebenshaltungskosten stetig steigen. Damit haben immer mehr Menschen zu kämpfen. Der Kanton tut dagegen nichts. Im Gegenteil: Mit wiederholten Steuersenkungen werden nur die hohen Einkommen und Vermögen entlastet. Betrachtet man die Verteilung der Armut im Kanton, ist eine Risikogruppe besonders betroffen: die Familien.

Unsere Initiative muss umgesetzt werden

Vor allem Kinder und Familien müssen unter dem Existenzminimum leben und brauchen Unterstützung. Armut ist für die Betroffenen eine grosse Belastung. «Zu viele Familien starten bei der Geburt eines Kindes aus einer finanziell schwierigen Lage», beobachtet auch der Regierungsrat.

2010 haben wir unsere Initiative «Chancen für Kinder – zusammen gegen Familienarmut» eingereicht, die verlangt, dass zusätzlich zur Ausrichtung von Familienzulagen eine gezielte Unterstützung von Kindern einkommensschwacher Familien – sogenannte Kinderbeihilfen – bis zur Beendigung der obligatorischen Schule ausgerichtet werden. Unsere Initiative ermöglicht einen besseren Start ins Leben und für alle Kinder neben der Bildung dieselben Chancen auf eine bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung und soziale Integration. Leider aber soll unsere Initiative im Rahmen der Sozialplanung, anders als versprochen, nicht umgesetzt werden, so dass wir sie bei der grossrätlichen Bera-

tung klar mit Forderungen und Anträgen ins Zentrum stellen müssen. Der Kanton Aargau muss hier Lücken schliessen.

Sozialpolitik ist ein Kernanliegen der SP. Dabei handelt es sich um Massnahmen, die die soziale beziehungsweise die wirtschaftliche Stellung von Benachteiligten (soziale Gerechtigkeit) verbessern und dem sozialen Abstieg (soziale Sicherheit) vorbeugen sollen.

Die Sozialpolitik ist keine Erfindung der neueren Zeit. Entwickelt wurde sie im 19. Jahrhundert als Folge der industriellen Revolution und der Massenverelendung ganzer Bevölkerungsschichten. Sozialpolitik, das heisst der Sozialstaat, gehört zu den Lieblingswahlkampfthemen der Bürgerlichen. Sie meinen, der Sozialstaat schwäche den Anreiz zu arbeiten und steigere die Attraktivität, Sozialleistungen zu beziehen. Der Sozialstaat sei teuer und mache träge. Es wird von übertriebener Grosszügigkeit und «massenhaftem» Leistungsmissbrauch gesprochen, von nicht Anspruchsberechtigten und «Sozial-schmarotzern».

Diese von rechtsbürgerlicher Seite gezielt verbreitete Fehlbeurteilung hat nur ein Ziel: abzulenken von einer extensiven Vermögensverschiebung in die höheren Etagen unserer Gesellschaft. Dagegen müssen wir uns wehren.

IMPRESSUM

SP Aargau, Bachstrasse 43,

Postfach, 5001 Aarau

Telefon 062 834 94 74

Fax 062 834 94 75

sekretariat@sp-aargau.ch

www.sp-aargau.ch

Erscheint 9 Mal pro Jahr

Auflage links.ag 3255

Redaktion: Katharina Kerr

katkerr@katkerr.ch

Redaktionsschluss für diese Ausgabe

3. August 2015

Redaktionsschluss nächste Ausgabe

14. September 2015

Erscheinen nächste Ausgabe 1. Oktober 2015

An dieser Nummer haben mitgearbeitet:

Abdul Abdurahman, Elisabeth Burgener

Brogli, Marcos Buser, Yvonne Feri, Urs

Hofmann, Nora Hunziker, Katharina Kerr,

Gabi Lauper Richner, Claudia Mauchle, Sacha

Schenker, Lea Schmidmeister, Gabriela Suter,

Florian Vock, Cédric Wermuth.

Bessere Rahmenbedingungen für Kinderbetreuung!



Claudia Mauchle von Unterkulm ist Vizepräsidentin der SP Bezirk Kulm. Sie kandidiert im Oktober für den Nationalrat.

Am 18. August ist es wieder so weit. Der Grosse Rat des Kantons Aargau diskutiert mit dem Kinderbetreuungsgesetz (KiBeG) einmal mehr über familienergänzende Kinderbetreuung. Wegen der rechtskonservativen Mehrheit in unserem Grossen Rat kann ich leider nicht darauf hoffen, am 18. August zu friedlich einzuschlafen.

Während in anderen Ländern für jedes Kind ein Krippenplatz bereit ist, kennt der Kanton Aargau keine gesetzlichen Rahmenbedingungen dafür. Niemand muss die Verantwortung für ein flächendeckendes Angebot oder für qualitativ gute Betreuung übernehmen. Für Eltern mit kleinerem Einkommen gibt es nur selten subventionierte

Krippenplätze. Oftmals lohnt es sich nicht, sein Kind in eine Kindertagesstätte zu geben, weil man am Ende des Monats mehr für den Krippenplatz bezahlen muss, als man in der Zeit überhaupt verdienen konnte.

Der Kanton Aargau braucht ein Gesetz, das Gemeinden verpflichtet, Kitas mit subventionierten Plätzen zu haben. Wir brauchen endlich ein Gesetz, das die Finanzierung regelt, und wir brauchen ein Gesetz, das dafür sorgt, dass die Kinder gut betreut werden. Die letzte Vorlage für ein Kinderbetreuungsgesetz scheiterte im November 2014 auch daran, dass sie keine verbindlichen Vorgaben für die Gemeinden enthielt – und natürlich am Festhalten der Rechtskonservativen im Rat, die überhaupt keine geregelte ausserhäusliche Kinderbetreuung wollen.

Wenn es am 18. August wieder keine Mehrheit für ein zufriedenstellendes Gesetz gibt, dann müssen wir uns alle gemeinsam im Abstimmungskampf für die alv-Initiative «Kinder und Eltern» stark machen! Dann müssen wir dafür sorgen, dass wir in der Bevölkerung eine Mehrheit für gute familienergänzende Kinderbetreuung finden!

Politik ist uns nicht Wurst Markthof Nussbaumen



Samstag 26. September 2015
10.00 bis 13.00 Uhr

Grill und Musik mit
Christine Brüesch und Claudio Eckmann

Pascale Bruderer Wyss
Max Chopard-Acklin



Es lädt ein:
SP Obersiggenthal



27. Berner-Suppe à la Nationalrat Max Chopard-Acklin



Donnerstag 01. Oktober 2015
19.30 bis 21.00 Uhr

Alass Zofingen
4800 Zofingen

Bericht von der Herbstsession
mit Nationalrat Max Chopard-Acklin

Gast: Nationalratskandidatin Viviane Hösl
mit offerierter Suppe

Es lädt ein:
SP Bezirk Zofingen, SP Zofingen

INTERVIEW



Neu im Grossen Rat

links.ag: Florian Vock, wie war Dein Werdegang? Wo liegen Deine Stärken?

Florian Vock: Mit 17 Jahren wurde ich Mitglied der SP und der JUSO und habe seither als SP-Sektionspräsident in Turgi-Gebenstorf, Präsident der JUSO Aargau, als Geschäftsleitungsmitglied und als internationaler Sekretär der JUSO Schweiz viele Erfahrungen gesammelt. Parallel dazu habe ich Soziologie und Philosophie an der Uni Basel studiert und mich mit Nebenjobs finanziert. Dieses Jahr durfte ich die Wahlkampagne von Jaqueline Fehr leiten und arbeite jetzt im Sekretariat der SP Aargau, bis ich dann im Oktober mit einem Master-Studium beginnen werde.

Was sind Deine politischen Anliegen?

Der Kampf für die Freiheit der Menschen ist mein Antrieb. Ich bin überzeugt, dass nur frei sein kann, wer das Recht hat, selbstbestimmt zu leben: Hier erlebe ich einen Mangel an Rechten als Schwuler genauso wie als junger Mensch. Zur Freiheit gehört aber auch eine Gesellschaft, die gerecht mit jedem Menschen umgeht: Dazu zählen faire Löhne und Arbeitsbedingungen, Chancen in der Bildung, Möglichkeiten der Partizipation ... Die Liste ist lang. Es gibt viel zu tun.

Was kann die SP aus ihrer momentanen Minderheitsposition im Grossen Rat bewirken?

Sehr viel. Es kommt darauf an, woran wir den Erfolg messen. Es gibt Möglichkeiten der parlamentarisch erfolgreichen Arbeit, auch aus einer Minderheitsposition. Das geschieht hinter den Kulissen, in Kommissionen. Doch dieser Raum ist klein. Eine starke SP-Fraktion nimmt sich den Raum auch auf der Bühne des Rats-saales, in der Öffentlichkeit und «draussen» in den Regionen.

Florian Vock von Baden ist Vorstandsmitglied der SP Baden. Ab September ist er Mitglied der SP-Grossratsfraktion. Er kandidiert im Oktober als Spitzenkandidat auf der JUSO-Liste für den Nationalrat.

Trix Beck und Martin Christen sagen dem Grossen Rat ade



TRIX BECK

kk. Am 19. August 2008 trat Trix Beck in den Grossen Rat ein. Es war ein langer, heisser Sitzungstag – Baugesetzrevision –, und Trix bekam schon beim Start zu spüren, dass der Grosse Rat sehr oft mehr Bürde als Würde bringt. Aber sie hielt durch. Und so auch die weiteren fast sieben Jahre, in denen sie im Kantonsparlament vor allem bei Gesundheitsthemen und für Frauenanliegen aktiv war, wie auch bei den SP Frauen Aargau und in der Frauenzentrale. Von 2008 bis 2015 in der Justizkommission, war die Kommission Gesundheit und Sozialwesen, die sie vom August 2012 bis März 2013 präsidierte und in der sie von 2009 bis 2012 Einsitz hatte, ihr bevorzugtes politisches Tätigkeitsfeld, und gesundheitspolitisch ist sie auch weiterhin tätig: Die Heilpädagogin, Primarschullehrerin und Psychotherapeutin (und Arztgattin) ist Präsidentin der Sektion Aargau der Schweizerischen Alzheimervereinigung. Zudem ist Trix Beck SP-Sektionspräsidentin in ihrer Gemeinde Schafisheim. Im Juni 2015 ist die 62jährige aus dem Grossen Rat zurückgetreten. Die SP dankt Trix für ihren Einsatz und wünscht ihr viel Energie und Freude in ihren weiteren Aktivitäten. Ihre Nachfolgerin Gabi Lauper Richner wurde am 23. Juni vereidigt (siehe Seite 10).



MARTIN CHRISTEN

kk. In den achtziger Jahren (von 1985–1993 amtierte er erstmals als Grossrat) war er der Schreck der Raucher, die er mit Vorstössen verfolgte. Heute ist das Rauchen aus öffentlichen Gebäuden längst verbannt, und die Politik von Martin Christen nun mehr geprägt durch Rauchfahnen aus Kühltürmen. In etlichen intelligenten Vorstössen setzte er sich in den letzten Jahren für die Abschaltung vor allem des AKW Beznau, für Transparenz und einen verantwortungsvollen Umgang mit Atommüll, aber auch für den Erhalt des Bruno-Weber-Parks in Spreitenbach ein. In ethischen, sprachlichen und weltanschaulichen Fragen klar, ja radikal – kein Fleisch, kein Alkohol, immer korrekt sein –, verliess Martin Christen 1998 den Grossen Rat, in den er 1995 nachgerutscht war, um seinen damals kleinen Sohn mitzubetreuen. Im September 2008 kam er wieder und wurde in etlichen Kommissionen tätig, zuletzt in der Kommission Umwelt, Bau, Verkehr, Energie und Raumordnung. Nun möchte er «Nach über 40 Jahren Lokal- (u. a. 12 Jahre im Einwohnerrat Spreitenbach) und Kantonalpolitik, nach Pensionierung 2014 (>40 Jahre Schuldienst, Primar-/Bez. Spreitenbach) wieder mehr Zeit für Familie, Literatur, Kunst, Sport» haben. Die SP dankt dem engagierten und aktiven Genossen herzlich für seine Arbeit und wünscht ihm, was er sich wünscht. Seine Nachfolge tritt Lea Schmidmeister von Wettingen an (siehe Seite 14).

AGENDA

Diverse Termine: **Wahlveranstaltungen der Kandidierenden**, siehe deren Homepages und www.sp-aargau.ch/nationale-wahlen-2015/agenda-wahlen-2015/

25. August 2015
Parteirat, 19–21 Uhr, Restaurant Rathausgarten, Aarau

3. September 2015
Frauen nach Bern! Podium zur Altersvorsorge 2020 mit 12 Kandidatinnen aus 8 Parteien. Von der SP dabei: Pascale Bruderer und Yvonne Feri. Grossratssaal Aarau, 19–21.30 Uhr. Moderation Anna Wanner, Aargauer Zeitung.

24. August 2015
Podium zur Energiezukunft Schweiz mit Prof. Anton Gunzinger, Pascale Bruderer, SP, Jonas Fricker, Grüne, Renate Gautschi, FDP, und Martin Keller, SVP. 19 Uhr, Stanzerei Baden. Moderation Stefan Ulrich, Regionaljournal AG/SO.

8. September 2015
Podium zur Energiezukunft Schweiz mit Prof. Anton Gunzinger, Max Chopard, SP, Andreas Fischer, Grüne, Bernhard Scholl, FDP, Hans Killer, SVP. 19 Uhr, Naturama Aarau. Moderation: Mathias Küng, Aargauer Zeitung.

12. September 2015
Nationale Wahlveranstaltung der SP Schweiz mit Jakob Tanner, Simonetta Sommaruga, Alain Berset, Martin Schulz und Christian Levrat. 11–13 Uhr, Holzbrücke Turgi.

1., 22. September, 13. Oktober 2015
Geschäftsleitungssitzung der SP Aargau. 18 Uhr im Volkshaus Aarau, Bachstrasse 43

15. September 2015,
a. o. Parteitag der SP Aargau 20–21.30 Uhr, Stiftung für Behinderte Aarau Lenzburg, Tiliastrasse 2, 5600 Lenzburg

18. Oktober 2015
Eidgenössische Wahlen

ERSATZWahl AM A. O. PARTEITAG VOM 15. SEPTEMBER 2015 FÜR EINEN SITZ IN DER GESCHÄFTSLEITUNG (GL)

Aufgaben der GL: Statuten vom 8. Mai 2010 (www.sp-aargau.ch/partei). Rund 20 Sitzungen pro Jahr, Engagement und Präsenz sind gefordert. Entschädigung gemäss Reglement. Anforderungen: Lust, Zeit und sozialdemokratische Überzeugung/Gute Kenntnisse der kommunalen, kantonalen und eidgenössischen Politik/Teamfähigkeit/Souveränität/In der SP verankert und gute Kenntnisse der SP. Bewerbungen mit Motivationsschreiben und Lebenslauf bitte bis 1. September, 10 Uhr, an: SP Kanton Aargau, Bachstrasse 43, Postfach, 5001 Aarau oder sekretariat@sp-aargau.ch